

westdeutschen Werktätigen weiterführen. Adenauer verkörpert die anti-nationale und antisoziale Eroberungspolitik und die Ideologie der alten Verderber Deutschlands, die soviel Unglück über das deutsche Volk und über die Völker Europas gebracht haben.

Wir sind dessen gewiß, daß die neue, aufwärtsstrebende sozialistische Gesellschaft über die alte, dem Untergang geweihte auch in Deutschland triumphieren wird. Begeistert begrüßen wir die prinzipiellen Ausführungen des Genossen Chruschtschow und danken für die wertvollen Hinweise, die eine große Hilfe bei der Verwirklichung der im Programm-entwurf enthaltenen Aufgaben sein werden.

In den vergangenen vier Jahren wurde von der Partei unter Führung des Zentralkomitees eine erfolgreiche und umfassende Arbeit geleistet. Das Kollektiv hat sich weiter gefestigt, und die oft komplizierten Aufgaben wurden im richtigen Vertrauen auf die Kraft der Partei und die Einheit aller demokratischen Kräfte durch die Nationale Front des demokratischen Deutschland erfolgreich gelöst.

Der Rechenschaftsbericht und die Rede des Genossen Ulbricht enthalten die unwiderlegbaren Erfolge auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem Gebiet und allen andern Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Zeugt es nicht von der unaufhaltsamen Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft, wenn im Jahr 1962 die industrielle Bruttoproduktion auf mehr als 80 Milliarden DM gesteigert werden konnte?

Der Parteitag hat bereits eine Bedeutung erlangt, die weit über die Grenzen des Landes hinausreicht. Wie sehr sich die Verhältnisse geändert haben und die Autorität der Deutschen Demokratischen Republik gewachsen ist, kann jeder selbst feststellen. Es geht auch daraus hervor, daß die lügenhaften Behauptungen der Bonner Regierung, die Deutsche Demokratische Republik existiere nicht, selbst in westdeutschen Regierungskreisen als nicht mehr zugkräftig angesehen werden. Die Bonner Machthaber müssen - sehr zu ihrem Leidwesen - immer stärker mit der „nicht vorhandenen“ Deutschen Demokratischen Republik und mit der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands rechnen. Zeugt es nicht von dem wachsenden Einfluß, wenn westdeutschen Pressemeldungen zufolge die schon seit Monaten fällige Regierungserklärung und außenpolitische Debatte im Bonner Bundestag auf die Zeit nach unserem Parteitag verschoben wurden? Die Empfehlungen westdeutscher bürgerlicher Politiker an die Bonner Regierung, die Beratungen unseres Parteitages aufmerksam zu verfolgen, können wir gut verstehen. In der Tat werden